

Ruf nach Tempo-30-Zone

Neubau der Bahnbrücke und Verlegung der K 1410: Anlieger sind besorgt

Der geplante Neubau einer Brücke und die Verlegung einer Straße sorgen bei Anliegern in Faurndau und Rechberghausen nicht nur für Begeisterung.

HELGE THIELE

Göppingen. „Es gibt auch Verlierer.“ Stadträtin Christine Lipp-Wahl (Grüne) sprach im Göppinger Gemeinderat aus, was auch manche ihrer Kollegen beschäftigte. In Faurndau muss die marode Brücke der B 297 über die Bahnlinie ersetzt werden. Im Zuge des Neubaus wird die Brücke verlegt, genauso wie die Kreisstraße 1410. Anlass für die Planung ist die hohe Verkehrsbelastung von täglich 7700 Fahrzeugen auf der Rechberghäuser Straße, die über die Salamanderstraße, den Overfly und die Umlandstraße in der Faurndauer Ortsmitte an die B 297 angebunden ist. Der überörtliche

Verkehr, so die Stadtverwaltung in der Gemeinderatsvorlage, sei mit einem Lkw-Anteil von etwa zehn Prozent sehr hoch, belaste den Ortskern und die angrenzenden Wohngebiete und soll deshalb über eine völlig neue Trasse der K 1410 zur Stuttgarter Straße/B 297 geführt werden. Die Rechberghäuser Straße soll keinen Anschluss an die neue K 1410 erhalten, somit vom Durchgangsverkehr entlastet und reine Anliegerstraße werden.

Damit die Verkehrsbehinderungen während der Bauphase, für die es noch keinen Termin gibt, möglichst gering bleiben, soll die neue Brücke über die Bahngleise neben der bestehenden errichtet werden.

Im Gemeinderat forderten Christine Lipp-Wahl und andere Bürgervertreter verkehrsberuhigende Maßnahmen für die neue K 1410. Auch der ehemalige Landrat Franz Weber, der in Rechberghausen wohnt und als Zuhörer die Beratungen im

Göppinger Rathaus verfolgte, hatte sich mit einem Brief an das Stadtplanungsamt gewandt. Das Schreiben wurde von mehreren Anliegern der K 1410 in Rechberghausen mitunterzeichnet. Der geplante Trassenneubau lasse befürchten, „dass die bisher bereits mit 7700 Fahrzeugen belastete Kreisstraße noch weiteren Verkehr anziehen wird. Insbesondere der leidige Abkürzungsverkehr zwischen der A 7 und der A 8 dürfte weiter zunehmen“, betonte Weber. Damit werde aber „hausgemacht ein Trend verstärkt, der noch vor kurzem dem Land gegenüber auch von der Stadt Göppingen als nicht hinnehmbar bezeichnet wurde“. Der frühere Landrat fordert deshalb im Namen weiterer Bürger, die geplante Straßenbreite zu verringern, es bei der Beschränkung auf zwölf Tonnen zu belassen und die Tempo-30-Zone von Rechberghäuser Straße und Lehlestraße auf die neue Trasse zu übertragen.

Dürften auf der neuen Trasse dagegen auch schwerere Lastwagenrollen, würde dies im Zentrum von Rechberghausen zu erheblichen Gefahrsituationen führen, so Weber.

Die Göppinger Stadträte standen den Forderungen wohlwollend gegenüber, allerdings entbrannte zwischen den Fraktionen ein heftiger Streit darüber, ob die verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Zuge des Bebauungsplanverfahrens, um das es in der Sitzung ging, sofort beschlossen werden können. Hätte mancher Stadtrat die Beratungsvorlage genauer gelesen, hätte er erfahren: „Verkehrsrechtliche Maßnahmen können im Bebauungsplanverfahren nicht geregelt werden.“

Oberbürgermeister Guido Till stellte in Aussicht, dass über Fragen der Verkehrsberuhigung zum gegebenen Zeitpunkt im Gemeinderat erneut beraten – und entschieden – wird. Die Stimmung im Saal wurde prompt wieder friedlicher.